



Hans-Jürgen Urban

Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall

Pressekonferenz „Gute Arbeit – gut in Rente“

Ergebnisse einer Betriebsrätebefragung der IG Metall

Berlin, 16.08.2012

Sperrfrist Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Damen und Herren!

Auf der Basis von Illusionen lässt sich Politik machen, aber keine gute.

Das gilt auch mit Blick auf die Beschäftigungssituation Älterer.

Ältere Arbeitnehmer sind im Zeichen des Fachkräftemangels gefragter denn je und immer mehr Arbeitsplätze für über 60-Jährige sind vorhanden.

So die von Bundesregierung und Arbeitgeberverbänden kommunizierte Botschaft.

Diese Botschaft hat einen Vorteil:

Sie bestätigt den Verantwortlichen, im Zeichen des demografischen Wandels die Weichen richtig gestellt zu haben.

In Zeiten des beginnenden Bundestagswahlkampfes für die Regierenden ein willkommenes Lob.

Doch der Nachteil ist:

Die Botschaft entspricht nicht der Realität!

Die Wirklichkeit in Hallen und Büros sieht anders aus.

Die schöne neue Arbeitswelt für die Älteren ist eine Fata Morgana.

Eine für Forscher und Betriebspraktiker bekannte Tatsache, die sich – leider füge ich hinzu - in einer Online-Befragung im Organisationsbereich der IG Metall erneut bestätigt hat.

Von 8.485 befragten Betriebsräten haben binnen weniger Tage über 3.700 geantwortet - aus Groß- und Kleinbetrieben über alle Regionen und alle Branchen hinweg.

Mit 44 Prozent ist das eine exzellente Rücklaufquote.

Damit verfügen wir für unseren Organisationsbereich über belastbare Befunde, die wissenschaftliche Studien ergänzen.

Zu den Ergebnissen:

Erstens:

In den Unternehmen unseres Organisationsbereiches ist die Zahl der Beschäftigten aus rentennahen Jahrgängen äußerst gering.

Nicht einmal vier Prozent der Beschäftigten sind über 60 Jahre alt; und nur knapp ein Prozent der Beschäftigten sind über 63 Jahre.

In rund 44 Prozent der Betriebe gibt es keine Beschäftigten über 63 Jahre.

Beschäftigte über 60 sind rar, über 63-Jährige sind so gut wie gar nicht mehr in den Betrieben zu finden.

Die angeblich so ansehnliche Beschäftigungsquote Älterer ist zumindest mit Blick auf die Metall- und Elektroindustrie eine Legende.

Zweitens:

Die Gründe für die niedrige Zahl von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im rentennahen Alter liegen nach Einschätzung der Betriebsräte auch und gerade in den Arbeitsbedingungen.

Fast 80 Prozent der Befragten gehen davon aus, dass die Beschäftigten das gesetzliche Rentenalter nicht gesund erreichen können.

Ausschlaggebend dafür sind die Belastungen der modernen Arbeitswelt, die alle Altersgruppen und damit natürlich auch die der Älteren erfassen.

Drittens:

Auch die zukünftigen Bedingungen werden nicht positiver eingeschätzt.

Nicht einmal jedes dritte Unternehmen betreibt eine mittelfristige Personalplanung, die den demografischen Wandel berücksichtigt.

Kaum ein Unternehmen nimmt Rücksicht auf die Bedürfnisse alternder Belegschaften.

In 92 Prozent der Betriebe gibt es „selten“ oder „nie“ Maßnahmen zur altersgerechten Arbeitsgestaltung.

Ausreichende Qualifizierungsangebote für Ältere gibt es nur in drei Prozent der Unternehmen.

Viertens:

Zugleich gibt es für diejenigen, die nicht mehr können oder wollen, kaum Möglichkeiten zu fairen Bedingungen aus dem Erwerbsleben auszuscheiden.

Nur in etwa einem Fünftel der Betriebe existieren ausreichend Angebote für einen flexiblen Altersausstieg wie etwa Altersteilzeitmodelle.

Mit Blick auf den Übergang vom Arbeitsleben in den Ruhestand ist es mit der viel gerühmten Flexibilität in der modernen Wirtschaft nicht weit her.

Fünftens:

Insgesamt fühlen sich die befragten Betriebsräte angesichts der Herausforderungen des demografischen Wandels von ihren Unternehmensleitungen in der Regel allein gelassen.

Initiativen, sich mit dem Thema zu beschäftigen, gingen in fast 90 Prozent von den Betriebsräten, den IG Metall-Vertrauensleuten und/oder den Belegschaften aus.

Aktivitäten des Managements sind demnach eine Ausnahme, mitunter gar eine Seltenheit.

Ein betrieblicher Befund, der so gar nicht zu der hitzigen Debatte in den Medien und den politischen Arenen passen will.

Sehr geehrte Damen und Herrn,

Mein Fazit lautet:

Mit Blick auf die Herausforderungen des demografischen Wandels haben wir es mit einer eklatanten Diskrepanz zwischen öffentlicher Debatte und betrieblicher Praxis zu tun.

Viele Unternehmen versagen bei der Bewältigung der demografischen Herausforderungen und der notwendigen Humanisierung der Arbeit.

Altersgerechte Arbeitsplätze und Beschäftigte im rentennahen Alter sind Mangelware.

Und zugleich fehlen Möglichkeiten für gesundheitlich verschlissene Beschäftigte, zu akzeptablen Bedingungen aus dem Erwerbsleben auszuscheiden.

Nicht zuletzt wegen der allgemeinen Anhebung der Altersgrenzen und der Rente ab 67.

Mit anderen Worten:

Arbeitswelt und Arbeitsmarkt sind bis heute auf die demografischen Herausforderungen nicht vorbereitet.

Die Leidtragenden dieses Versäumnisses sind die Beschäftigten.

Für sie heißt es immer öfter:

„Zu kaputt für die Arbeit – zu jung für die Rente.“

Unter solchen Bedingungen auf der Rente ab 67 zu beharren oder öffentlich über weitere Anhebungen der Regelaltersgrenzen zu spekulieren, ist im eigentlichen Wortsinn „a-sozial“ und verantwortungslos.

Und dass die Anhebung der Altersgrenzen zum Standardrepertoire der Sparauflagen gehört, mit denen die Europäische Zentralbank und die „Troika“ die sogenannten Schuldenstaaten drangsaliieren, dürfte die Zuneigung der Menschen zu Europa auch nicht stärken.

Deshalb wird die IG Metall die Rente mit 67 zum Wahlkampfthema machen!

Dies tun wir in unserer Kampagne „Gute Arbeit – gut in Rente“, mit der sich die IG Metall in einem wichtigen sozialpolitischen Feld positioniert.

Aber es geht nicht um eine einfache Wiederauflage der „Nein zur Rente mit 67“-Kampagne.

Die neue Kampagne setzt zwei neue Akzente.

Zum einen im Rentenrecht:

Unser Alternativmodell zur Einheitsaltersgrenze 67 steht unter der Überschrift:

„Statt Einheitsrente mit 67 für Alle – Wahlmöglichkeiten für Jeden!“

Notwendig sind Ausstiegsoptionen, die die unterschiedlichen Situationen von Beschäftigten und Betrieben zum Ausgangspunkt nehmen.

Dazu haben wir detaillierte Vorschläge

- für einen erleichterten Rentenzugang für Erwerbsgeminderte,
- eine öffentliche Förderung gleitender Übergänge
- und einen abschlagsfreien Rentenzugang für Beschäftigte mit langen Versicherungszeiten entwickelt.

Diese werden wir in die öffentliche Debatte einbringen.

Den Parteien und Ministerin von der Leyen werden wir konkrete Stellungnahmen abfordern.

Zum anderen werden wir – deutlich stärker und öffentlichkeitswirksamer als bisher – die Unternehmen und Arbeitgeber mit ihrer Verantwortung für die Arbeitswelt konfrontieren.

Sie machen sich bis heute vielfach einen schlanken Fuß.

Mit Elan ermutigen sie die Politik, bei der Rente ab 67 nicht zu wackeln und noch weiter zu gehen.

Doch mit Blick auf die altersgerechte Gestaltung der Arbeitsplätze verlässt sie plötzlich die Tatkraft.

Wir werden in den kommenden Monaten die Betriebe auf den Prüfstand stellen und Missstände zum Thema machen.

Und wir werden in ausgewählten Leuchtturm-Betrieben auf reale Verbesserung an den Arbeitsplätzen drängen.

Wo möglich, in Kooperation, wo nötig, im Konflikt mit den Unternehmen.

Dabei setzen wir etwa

- auf passgenaue Weiterbildungsangebote für Ältere,
- kürzere Arbeitszeiten bei Schichtarbeit und weniger Nachtschichten,
- oder ein reduziertes Arbeitstempo in der Produktion.

Wir werden unsere Aktivitäten bundesweit koordinieren und in einer Aktionswoche vom 5. bis 9. November zum Thema machen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Menschen brauchen:

- gute Arbeit und humane Arbeitsbedingungen, um gesund bis zur Rente zu kommen;
- flexible Übergänge in die Rente, die den privaten und betrieblichen Erfordernissen angemessen sind
- und sie brauchen eine Rente, die sie vor Armut schützt und eine faire Anerkennung ihrer Lebensleistung darstellt.

Dafür tritt die IG Metall mit ihrer Kampagne „Gute Arbeit – gut in Rente“ an.

Angesichts der Aufgaben nicht zu handeln, wäre verantwortungslos.

Und verantwortungslose Passivität kommt für die IG Metall nicht in Frage!

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.